

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Was können wir alle zur Verbesserung der Gesamtlage tun?

Dazu gibt es viele Wege und Möglichkeiten. Am wichtigsten ist wohl die Suche nach der Wahrheit und den Ursachen der heutigen, in vielen Bereichen immer katastrophaler werdenden Zustände. Dazu gehört vor allem das Erkennen der häufig weltweiten Beeinflussungskampagnen in den Medien, mit denen für hehre Ziele wie Gesundheit, Demokratie, Menschenrechte etc. geworben wird. In Wirklichkeit geht es dabei aber zunehmend um Machtpolitik, Verhaltenssteuerung, Umverteilung von unten nach oben. Fast immer sind Konzerninteressen im Spiel, die immer mehr durch direkten und indirekten Zwang mithilfe einer willfährigen Politik durchgesetzt werden. Dabei wird fast immer mit der **Angstkeule** gearbeitet, das haben die letzten drei „Corona“-Jahre deutlich gezeigt. Jetzt ist das neue Schreckgespenst die **Klimakeule**, für die wir alles opfern sollen: Freiheit, Wohlstand, Eigentum. Wir sollen zu einer Verbotsgesellschaft umgezogen werden (in Deutschland soll jetzt sogar das Heizen mit Holz verboten werden). Dieses Geschäft betreiben eine Flut von sogenannten „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO's), von denen viele in Wahrheit durch das Großkapital, „global players“ oder Geheimdienste gesteuert werden.



Wehren dagegen kann man sich nur, wenn man diese Strategien durchschaut und dazu braucht es entspr. Informationen. Wie andere Alternativmedien bemühen auch wir uns von der WEGWARTE-Redaktion darum - seit inzwischen über 32 Jahren. Zusätzlich führen wir immer wieder Vortragsveranstaltungen mit kompetenten Rednern durch, ebenso wie Flugblattaktionen und Info-Standkundgebungen auf belebten Hauptplätzen, vor U-Bahnstationen usw. Erst kürzlich absolvierten wir u.a. eine gelungene AKTIONSWOCHE in Vorarlberg zusammen mit NfÖ-Obmann Dipl.Ing. Jenny - siehe <https://www.auf1.tv/nachrichten-auf1/eu-und-nato-sind-kriegstreiber-daniel-jenny-nfoe-zur-neutralitaet/> Je mehr Mitbürger diese Termine wahrnehmen und sich an der Informationsverbreitung betei-

ligen, desto eher wird es zu Verbesserungen der Gesamtlage kommen.

Das hat man deutlich beim **Impfzwang** und den Unsinnigkeiten wie Masken, Testungen, Lockdowns usw. gesehen; ohne den breiten Widerstand aus sehr vielen Bereichen wäre es nicht möglich geworden, das alles abzuwehren! Zu verdanken haben wir das den hunderten bis tausenden Bürgerrechtsaktivisten, Ärzten, Juristen und Wissenschaftlern, die mit ihrem Fachwissen dagegen aufgetreten sind, den hunderttausenden Bürgern, die an den zahlreichen Demonstrationen teilgenommen und ablehnende Stellungnahmen zu Gesetzen im Parlament deponiert haben. Dies hat auch den Aufstieg neuer Alternativmedien und den Rückgang der etablierten Medien („Lügenpresse“?) ermöglicht und das Erstarken der FPÖ, die als einzige Parlamentspartei den Widerstand unterstützt hat. Sie alle wurden für ihren Einsatz schwer bekämpft und teilweise bestraft. Viele mußten große Einkommensnachteile dafür hinnehmen und wurden sozial ausgegrenzt. Besonders übel hat man in Österreich **Dr. Peer Eifler** mitgespielt, einem der ersten Ärzte, der aufstand und viel bewegt hat. Er wurde sogar außer Landes getrieben und lebt nun in einem anderen Kontinent.

Inhaltsverzeichnis:

Neutralitäts-Debatte	Seite 2
Veranstaltung in Thaur bei Innsbruck: „Wie kann der Friede gerettet werden?“	Seite 2
Friedensinitiative in Deutschland	Seite 3
FPÖ fordert Stärkung der Neutralität	Seite 4
Klima-Notstand eine Lüge!	Seite 5
Nein zum Pandemievertrag der WHO	Seite 6
Veranstaltung in Ansfelden bei Linz: „Volksinitiative für Schweizer Neutralität“	Rückseite

Österreichische Post AG / SP20Z042089S
Initiative Heimat & Umwelt, Hageng. 5, 3424 Zeiselmauer

Die Folgen der „Corona“-Zwangsmaßnahmen werden noch lange nachwirken. Bei den „Impfschäden“ zeichnet sich eine verheerende Entwicklung ab. Dabei handelte es sich gar nicht um Impfungen, sondern um **experimentelle Genspritzen** (mRNA-„Impfungen“). Im übrigen ist dieser Spuk noch nicht wirklich vorbei. Österreich „sitzt“ auf Millionen

von Impfdosen, im Budget sind horrend Summen zur „Pandemiebekämpfung“ vorgesehen, und es sind Gesetze in Vorbereitung, die auf weitere Zwangsmaßnahmen schließen lassen. Z.B. ist ein „Impfpflichtfinanzierungsgesetz“ im Gespräch sowie ein österreichisches „Krisensicherheitsgesetz“, das auf ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz hinausläuft.

Und auf internationaler Ebene sollen Entscheidungen im Gesundheitsbereich überhaupt den Nationalstaaten entzogen werden durch eine demokratisch nicht legitimierte, private Lobbyorganisation, die sich „**Weltgesundheitsorganisation**“ nennt.

Siehe Seite 6-7

Für mehr Ehrlichkeit in der Neutralitäts-Debatte!

von Dr. Michael Geistlinger, Universitätsprofessor für Völkerrecht, Salzburg (Auszug)

● Von Neutralitätsrelativierern wird behauptet, daß das „Moskauer Memorandum“ nur eine politische Verpflichtung sei und keine Erwähnung im Staatsvertrag von Wien fände. Das stimmt nicht: **Das „Moskauer Memorandum“ von 1955 kann als eigener völkerrechtlicher Vertrag gesehen werden. Über den Annex II ist dieses zudem integraler Bestandteil des Staatsvertrages von Wien.** *)

● Es wird behauptet, daß die EU-Solidarität universellem Neutralitätsrecht vorgeht. Das gälte auch für die Beteiligung an EU-autonomen Sanktionen. Das ist unwahr. **Das universelle Neutralitätsrecht geht Bindungen nach regionalem Völkerrecht (EU-Recht) vor.**

● Es wird behauptet, **die Teilnahme Österreichs an der sogenannten „NATO-Partnership for Peace“ und die Euroatlantische Sicherheitsratsbeteiligung durch Österreich seien kein Militärbündnis und kein Neutralitätsverstoß. Auch das ist unrichtig!**

● **Die EU-Sanktionen, die Österreich mitträgt, sind völkerrechtswidrig** und stellen einen Verstoß gegen das Gewalt- und Interventionsverbot dar; sie haben keine Deckung in UN-Sicherheitsratsresolutionen.

● Die Entwicklung der EU über die Verträge von Amsterdam, Nizza, Lissabon und die derzeitige Praxis zeigen, daß die **Mitgliedschaft Österreichs in der EU von Anfang an neutralitätswidrig war.** Das hat Prof. Geistlinger in einem offiziellen Gutachten im Auftrag der grünen Parlamentsfraktion vor der EU-Beitritts-Volksabstimmung von 1994 auch eindeutig ausgeführt und begründet.

● Die gesamte Argumentationslinie der Herrschenden biegt sich universelles Völkerrecht EU-adäquat hin und hofft, damit durchzukommen.

● Die wesentlichsten Aufgaben eines glaubwürdig neutralen Staates sind die **Abstinenzpflicht und die Gleichbehandlungspflicht sowie die Pflicht, österreichisches Territorium nicht für Kriegsführende zur Verfügung zu stellen.**

● Es ist nicht entscheidend, ob EU-Staaten oder NATO-Staaten formell (unmittelbar, mittelbar oder hybrid) Kriegsparteien sind, sondern ob österreichische Unterstützung unmittelbar, mittelbar oder hybrid nur **einer** Kriegspartei (= Ukraine) zugute kommt. Damit ist sowohl die Abstinenz- als auch die Gleichbehandlungspflicht verletzt.

● Die **konkreten Verstöße des offiziellen Österreichs** gegen das Abstinenz- und Gleichbehandlungsprinzip, den wichtigsten Elementen einer Neutralitätspolitik, sind folgende:

● **Finanzierung von Waffenkäufen, militärischen Ausbildungsmaßnahmen für oder zugunsten der Ukraine** (durch die jährlichen EU-Mitgliedsbeiträge des Nettozahlers Österreichs in Milliarden Euro-Höhe).

● Lieferung von Kriegsmaterial aus Österreich und Genehmigung der Lieferung ursprünglich österreichischen Kriegsmaterials durch Drittstaaten zugunsten der Ukraine.

● **Genehmigung von und Durchfuhr von Kriegsmaterial durch Österreich zugunsten der Ukraine.** Laut einem Bericht im „Exxpress“ fanden nur in den letzten 12 Monaten 1.650 (!) US-Waffen-

transporte durch Österreich statt.

● Reparatur beschädigten ukrainischen Materials in Österreich.

● Ausbildung von militärischem Personal für die Ukraine in Österreich.

.....

*) **Anmerkung der WEGWARTE-Redaktion:** Im Moskauer Memorandum erklärte **Österreich** aus freien Stücken seine „immerwährende Neutralität“ **nach dem Muster der Schweiz.** Nur aufgrund dieser Erklärung gelang das „Wunder“ des Staatsvertrages, dem Österreich - bis zum EU-Beitritt 40 Jahre später - seine Freiheit und Eigenständigkeit verdankte. Am Vorabend des 26. Oktober 1955, an dem die Republik Österreich das Neutralitätsgesetz im Parlament beschloß, zogen sämtliche Besatzungstruppen nach zehnjähriger Besatzungszeit aus Österreich ab. **Deutschland**, das damals auch hätte neutral werden können, schlug diese Option aus; Deutschland blieb im Osten von der Sowjetunion besetzt und im Westen von den USA und Großbritannien. Die deutsche Teilung durch 44 Jahre hindurch war die Folge und heute ist die gesamte „Bundesrepublik Deutschland“ noch immer nicht souverän. Laut wikipedia stehen noch immer - 78 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs - 34.500 US-Soldaten, die nicht dem deutschen Recht unterstehen und deren Unterhalt für sie selbst und ihre Familien vom deutschen Steuerzahler bezahlt werden, in mehreren riesigen Kasernen in mehreren Bundesländern „Gewehr bei Fuß“. **US-amerikanische Atomraketen** sind in Deutschland stationiert, auf die die deutsche Regierung keinerlei Einfluß hat.

EINLADUNG zum Informations- und Diskussionsabend zum Thema

„Wie kann der Frieden noch gerettet und eine Eskalation in Richtung dritter Weltkrieg verhindert werden?“

am **Montag, 5. Juni**, um 19 Uhr in **4052 ANSFELDEN** bei **Linz**
im **Gasthof-Hotel „Stockinger“**, Ritzlhofstrasse 63

Es spricht: **Wolfgang EFFENBERGER**

ehemaliger Offizier der deutschen Bundeswehr, Publizist und Buchautor

Veranstalter:	Initiative Heimat & Umwelt IHU und Neutrales Freies Österreich NFÖ
Moderatoren:	Inge Rauscher/IHU und Gerald Grüner/NFÖ
Eintritt:	freie Spende

Wolfgang Effenberger hatte als NATO-Offizier durch viele Jahre hindurch Einblick in das geplante atomare Gefechtsfeld im Kalten Krieg. und hat in dieser Funktion die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, in Europa die atomare Verwüstung in Kauf zu nehmen, erlebt. Er ist Autor des Sachbuches „Schwarzbuch EU & NATO - Warum die Welt keinen Frieden findet“ - siehe <https://rb.gy/ov09z>

Aktuell hat Großbritannien offiziell erklärt, Uranmunition an die Ukraine zu liefern, und die USA haben in ihrer offiziellen Militärdoktrin das „Recht“ auf den **atomaren Erstschatz** verankert. Im Gegensatz dazu ist in der russischen Militärdoktrin „nur“ vom atomaren Zweitschatz die Rede, falls herausgefordert.

Die Lage ist mehr als ernst!

Überparteiliche Friedensinitiative in Deutschland

Am 27. März 2023 fand in Berlin eine Konferenz statt, an der rund 80 ehemalige Militärs, Wissenschaftler, Publizisten, Juristen und Friedensaktivisten nach einem umfangreichen Vortragsprogramm folgende Abschlusserklärung verabschiedeten:

Aufruf: Dialog statt Waffen – Frieden mit Russland

Wir, die Teilnehmer unseres heutigen Forums, rufen alle friedliebenden Menschen auf, sich unserem Protest gegen den Krieg und für einen gerechten Frieden anzuschließen.

In der grossen Gefahr, in der sich aktuell unsere Völker befinden, haben wir keine Zeit mehr, uns über parteipolitische Differenzen und unterschiedliche gesellschaftspolitische Orientierungen zu streiten. Stattdessen müssen wir uns auf das konzentrieren, was uns eint!

Die Zukunft unserer Kinder und Enkel und die Erhaltung menschlichen Lebens auf unserer Erde erfordern, dass Deutschland und seine Wirtschaft nicht einer Politik westlicher „regelbasierter Ordnung“ zum Opfer fallen, die Russland „zerstören“ will und sich auf einen Krieg gegen China vorbereitet.

USA und NATO stehen mit ihrer militärischen Macht an den Grenzen

Russlands, rüsten Taiwan gegen China auf und bedrohen so die Sicherheit der Russischen Föderation und der Volksrepublik China.

Begleitet wird diese Politik von Wirtschafts-, Finanz- und Medienkriegen, völkerrechtswidrigen Sanktionen und Falschinformationen, verbunden mit Abbau von Demokratie und Meinungsfreiheit.

Doppelmoral kennzeichnet die „regelbasierte Weltordnung“ des Westens. Sie ist in Wahrheit imperiale Kriegspolitik unter Führung der USA. Dafür entrichten die Völker Blutzoll und verlieren die hart erkämpften sozialen Errungenschaften. Seit 1999, dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Restjugoslawien, mandatisieren sich die USA ihre Kriegseinsätze gemäss ihrer sog. „regelbasierten internationalen Ordnung“ selbst.

Auch der Krieg in der Ukraine, langfristig geplant und spätestens 2014 begonnen, steht uns täglich vor Augen.

Deutschland trägt als Kriegspartei mit Waffenlieferungen, Geld und militärischer Ausbildung an vorderster Front zur weiteren Eskalation dieses Krieges bei. Es rüstet auf, macht die Bevölkerung kriegsreif und verfolgt Friedensaktivisten. Mit Hass und Hetze schürt

es die Feindschaft gegen Russland. Die Regierung verstösst gegen ihren Amtseid [Artikel 56 GG, „... Wohle des deutschen Volkes widmen, ... Schaden von ihm wenden...“], verletzt die wichtigste Verpflichtung des Grundgesetzes: das Friedensgebot [Art. 26 GG]. Diese Politik führt in einen Weltkrieg, der keine Sieger kennen wird.

Deshalb

- **erheben wir unsere Stimme, um die Kriegsspirale zu stoppen,**
- **protestieren wir gegen die deutsche Unterstützung zur Verlängerung des Krieges**
- **und fordern wir ein Ende dieses Kriegskurses durch einen gerechten Frieden, der die Sicherheit Russlands und eine friedliche antifaschistische Ukraine ohne NATO garantiert.**

Warten wir nicht, bis es wieder zu spät ist!

Wir sehen unsere Veranstaltung eingeordnet als weitere Stimme für den Frieden, damit sie stärker wird und Kraft in der Breite gewinnt.

Berlin, den 27. März 2023

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=95840>

Vor den Vorhang: FPÖ fordert im Nationalrat Stärkung der rechtlichen Verankerung der österreichischen Neutralität!

Am 19. April 2023 brachte die FPÖ-Fraktion im Verfassungsausschuß des Parlaments einen sehr wichtigen Antrag ein, nämlich auf Änderung des wichtigsten Artikels der Bundesverfassung überhaupt, nämlich des Artikels 1. Statt „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ soll dieser Artikel in Zukunft lauten:

„Österreich ist eine demokratische, wehrhafte, immerwährend neutrale souveräne Republik. Ihr Recht geht vom österreichischen Bundesvolk aus.“

Außerdem soll für eine Änderung dieses Artikels in Hinkunft neben einer Volksabstimmung auch eine Vierfünftel-Mehrheit im Nationalrat und im Bundesrat nötig sein. Beschlüsse internationaler Organisationen einschließlich der EU, deren Umsetzung den neuen Artikel 1 verletzen würden, sollen in Österreich nicht zur Anwendung kommen dürfen.

Begründet wird die Initiative von Klubobmann **Herbert Kickl** und FPÖ-Verfassungssprecherin **Dr. Susanne Fürst** u.a. damit, daß die Grundprinzipien des Zusammenlebens in Österreich durch aktuelle Entwicklungen ins Wanken geraten sind. Zudem befürchten sie, daß der „Europäische Gerichtshof“ (EuGH)

österreichische Verfassungsnormen aushebeln könnte, wobei sie konkret auf ein EuGH-Urteil zur polnischen Justizreform verweisen. Kickl und Fürst sehen daher die Zeit gekommen, das Fundament der Bundesverfassung durch eine ausdrückliche Verankerung des Neutralitätsprinzips und eine Bekräftigung des Neutralitätsrechts zu stärken. Im Konfliktfall könnte das ihrer Meinung nach in letzter Konsequenz dazu führen, daß Österreich aus der EU bzw. aus der Europäischen Menschenrechtskonvention austreten muß, wenn der EuGH bzw. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Souveränität Österreichs nicht respektieren würden.



Die anderen Parlamentsfraktionen erkannten keine Notwendigkeit für diese Maßnahme und konnten dem Vorschlag nichts abgewinnen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP und Grünen vertagt.

Quelle: https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pk0432

Wer allerdings mit Sicherheit diesen offiziell eingebrachten Antrag vollinhaltlich unterstützt, ist das österreichische Bundesvolk. In der neuesten Meinungsumfrage zur Neutralität, die von der als ÖVP-nahe (!) geltenden online-Tageszeitung „Exxpress“ durchgeführt wurde, sprechen sich 84 % (!) der Österreicher weiter klar für unsere Neutralität aus, siehe

<https://exxpress.at/achtung-nato-fans-84-prozent-der-oesterreicher-weiter-klar-fuer-unsere-neutralitaet/>

Für den **Staatsvertragskanzler Julius Raab** (ÖVP) ist „die Beschlussfassung des Neutralitätsgesetzes der legitimen, frei gewählten österreichischen Volksvertretung in voller Unabhängigkeit und in voller Freiheit erfolgt.“ Und Raab stellte klar: „Durch den Gesetzgebungsakt werden in keiner Weise die Grund- und Freiheitsrechte der Staatsbürger beschränkt. **Die Neutralität verpflichtet den Staat, nicht aber den einzelnen Staatsbürger.** Die geistige und politische Freiheit des Einzelnen, insbesondere die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung, wird durch die dauernde Neutralität eines Staates nicht berührt. Damit ist auch keine Verpflichtung zur ideologischen Neutralität begründet.“

Zur mitgeschickten DVD mit Prof. Geistlinger

Dieser DVD können Sie einen grundlegenden Neutralitätsvortrag samt Publikumsdiskussion bei einer unserer kürzlichen Veranstaltungen entnehmen und sozusagen „live“ miterleben. Produktion, Verpackung und Versand sind sehr zeitintensiv, aber es ist wichtig, daß möglichst viele Österreicher diesen Vortrag erhalten und weiterverbreiten können. Das ist ein besonderes Service für alle,

die an der Veranstaltung nicht teilnehmen konnten. Wir können das aber nicht bei jedem unserer Vorträge machen! Da Sie diese DVD nicht bestellt haben, besteht keine Zahlungsverpflichtung (wie bei der WEGWARTE selbst ja auch nicht). Wir bitten Sie aber um einen freiwilligen Kostenbeitrag für die DVD von 10,80 € und danken im voraus.

Besuchen Sie auch unsere facebook-Seite
facebook.com/inge.rauscher.5283

Laufende Infos zu Demonstrations-Terminen und Aktionen siehe

- www.direktdemokratisch.jetzt
- facebook.com/hannes.brejcha.906
- www.demo-info.at
- www.freiland.jetzt

Ian Plimer, Professor für Erdwissenschaften, Australien:

„Klima-Notstand? Das ist eine Lüge!

**Ich habe keine Meinungen. Ich habe Fakten.
Sie sind reproduzierbar und validiert.“**

Faktum Nr. 1

Niemand hat jemals bewiesen, daß menschliche Kohlendioxid-Emissionen die globale Erwärmung verursachen. Seit mehr als zwei Jahrzehnten fordere ich Wissenschaftler auf, diesen Beweis zu erbringen. Wenn der Beweis erbracht wäre, müsste auch gezeigt werden, dass die natürlichen Kohlendioxid-Emissionen, die 97 Prozent der jährlichen Gesamtemissionen ausmachen, nicht für die globale Erwärmung verantwortlich sind. Auch das ist noch nicht geschehen.

Faktum Nr. 2

Grundlegende chemische Erkenntnisse und Eiskernbohrungen zeigen, dass nach einem natürlichen Temperaturanstieg das atmosphärische Kohlendioxid 650-6000 Jahre später ansteigt, und dennoch wird uns gesagt, daß wir aufgrund der menschlichen Kohlendioxidemissionen braten und sterben werden. Dies ist eine Lüge.

Faktum Nr. 3

Das wichtigste Treibhausgas in der Atmosphäre ist Wasserdampf. Wenn Wasser verdunstet, z. B. aus den Ozeanen oder durch Schweiß, benötigt es Wärme, um sich in Wasserdampf umzuwandeln. Wenn dieser Wasserdampf dann zu Regen, Schnee oder Hagel kondensiert, wird genau die gleiche Menge an Wärme abgegeben. Die Erdatmosphäre enthält bis zu vier Prozent Wasserdampf und funktioniert wie eine riesige Klimaanlage.

Faktum Nr. 4

Seit der Zeit Christi hat es Tausende von Vorhersagen über das Ende der Welt gegeben. Wäre auch nur eine Vorhersage richtig gewesen, wären wir nicht hier. Alle Klimavorhersagen im 20. und bisher im 21. Jahrhundert waren falsch. Wenn ein Klimaaktivist an Ihre Tür klopft, um Ihnen zu sagen, daß wir vor einem Klimanotstand stehen, lassen Sie den Hund los. Die Geschichte ist auf Ihrer Seite.

Faktum Nr. 5

Frühere Klimazonen waren zyklisch, mit tektonischen (400 Mio. Jahre), galaktischen (143 Mio. Jahre), orbi-

tal (100.000, 40.000 und 23.000 Jahre), solaren (11-Jahres-Zyklen unterschiedlicher Stärke und große Sonnenzyklen), ozeanischen (60 Jahre) und lunaren Gezeiten (18,6 Jahre) mit den nicht-zyklischen Einschlägen und massiven explosiven Vulkanen. Die Zyklen haben sich nicht geändert, weil die Menschen heute leben und sich nicht durch Gefühle, Ideologie oder Gesetze ändern lassen.

Faktum Nr. 6

Auf der Erde gab es weniger als 20 Prozent der Zeit Eis. Im Laufe der Geschichte gab es sechs große Eiszeiten, in denen sich das Eis während der Vergletscherung ausdehnte und während der Zwischeneiszeiten zurückzog. Wir befinden uns derzeit in einer Eiszeit, die vor 34 Millionen Jahren begann. Die aktuelle Zwischeneiszeit begann vor 14.400 Millionen Jahren auf der Nordhalbkugel, und den Höhepunkt der aktuellen Zwischenzeit erreichten wir vor 7000-4000 Jahren im Holozän-Optimum.

Faktum Nr. 7

Im Vergleich zur heutigen globalen Temperatur hat sich der Planet in den letzten 14 400 Jahren erwärmt, seit dem holozänen Optimum abgekühlt, seit der Zeit Jesu abgekühlt, seit der Zeit der Wikinger erwärmt, seit dem Mittelalter abgekühlt und seit der kleinen Eiszeit mit ihrem Höhepunkt vor 300 Jahren während des Maunder-Minimums erwärmt. Seit der intensiven Nutzung von Kohle in der industriellen Revolution vor etwa 170 Jahren hat sich der Planet dreimal leicht erwärmt, zweimal leicht abgekühlt und einmal stillgestanden. Wenn die vom Menschen verursachten Kohlendioxidemissionen die Erwärmung vorantreiben, dann hätte es keine Abkühlung oder Stagnation geben dürfen.

Faktum Nr. 8

Die Kohlendioxid-Emissionen stiegen während des Zweiten Weltkriegs, einer Abkühlungsphase. Während der globalen Finanzkrise und der COVID-Epidemie gingen die Kohlendioxid-Emissionen aufgrund des Rückgangs

der Industrie und des Reiseverkehrs zurück, doch die Temperatur stieg an.

Faktum Nr. 9

Kohlendioxid ist Pflanzennahrung. Würde sich das atmosphärische Kohlendioxid halbieren, gäbe es kein pflanzliches und damit auch kein tierisches Leben auf der Erde. Es ist ein farbloses, geruchloses, geschmackloses und ungiftiges Gas. Wir atmen 0,04 Prozent Kohlendioxid ein und atmen 4 Prozent Kohlendioxid aus, wenn wir kohlenstoffhaltige Nahrungsmittel und Getränke verbrauchen. Wäre es giftig, würde man beim Küssen, beim Trinken von kohlenstoffhaltigen Getränken oder beim Essen von Brot sterben.

Faktum Nr. 10

Australien hat bereits eine Netto-Nullbilanz, da die Aufnahme von Kohlendioxid durch Grasland, Feldfrüchte, Weideland, Wälder, Böden und die Gewässer des Kontinentalschelfs viel größer ist als die menschlichen Emissionen. Das Gras, das von Rindern gefressen wird, enthält eine endliche Anzahl von Kohlenstoffatomen aus der Atmosphäre, die in Fleisch, Gas, Flüssigkeit, Knochen, Hörner und Häute umgewandelt werden. Der größte Teil dieses Kohlenstoffs wird wieder in die Atmosphäre abgegeben. Durch die Verwendung von Leder binden wir Kohlenstoffatome, und somit rettet die Rinderzucht den Planeten.

.....

Ian Plimer, Ph.D., war Professor für Bergbaugeologie an der Universität Adelaide und ist emeritierter Professor an der Universität Melbourne, der er von 1992 bis 2005 auch vorstand. Er bekleidete zahlreiche wissenschaftliche Funktionen an den Universitäten München, Newcastle und London. Er veröffentlichte rund 130 wissenschaftliche Artikel und 7 Bestseller-Bücher für die Allgemeinheit einschließlich „Eine kurze Geschichte des Planeten Erde“ (2004) und „Irreführung Klimawandel und die große Strom-Abzocke“ (2017).

Dr. Plimer erhielt zahlreiche Auszeichnungen und war australischer „Humanist des Jahres“.

NEIN ZUM PANDEMIEVERTRAG DER WHO!

von Dr. Peter F. Mayer (Auszug)

Die von der WHO deklarierte Corona Pandemie hat das komplette Scheitern dieser Organisation bei ihrem offiziell deklarierten Ziel der Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit der Menschen offenkundig gemacht. Die Ziele der ungeheuren Bereicherung der Pharmabranche und deren Aktionäre sowie dem Aufbau einer weltweiten One World Order Gesundheitsdiktatur wurden jedoch höchst erfolgreich umgesetzt.

Letztere „Erfolge“ sollen nun massiv ausgebaut und in völkerrechtlich verbindliche Regelungen gegossen werden. Es geht dabei um nicht weniger als die Übertragung der Souveränität aller Mitgliedstaaten an ein ungewähltes Konsortium von Pharmalobbyisten und Vertretern des Finanzkapitals an der Spitze der WHO sowie der Aufhebung der Grund- und Menschenrechte.

Die Vehikel dazu sind die **Änderungen in den Internationalen Gesundheitsvorschriften** (International Health Regulations – IHR) sowie dem **Pandemievertrag**. TKP hat über die Inhalte immer wieder berichtet – siehe Archiv oder die interne Suchfunktion.

Die britische Organisation **Us-ForThem – Childrens First** hat ein umfangreiches Briefing Papier zusammengestellt, dessen Übersetzung hier veröffentlicht ist.

Dieses dystopische Projekt wird weiter ein Schwerpunkt unserer Berichterstattung sein. Wir wollen auch herausfinden, was zum Teufel sich die Vertreter von Staaten dabei denken, so mir-nichts-dir-nichts die eigene Verfassung und die Rechte der Bürger zu kübeln, indem sie an diesem Projekt unterstützend mitarbeiten.

Wir haben kürzlich eine Liste der Repräsentanten der Staaten bei der WHO aus dem Jahr 2022 veröffentlicht. Daraus ist ersichtlich, dass im wesentlichen die jeweiligen Außen- und Gesundheitsministerien Vertreter entsenden. Wir haben dazu Anfragen bei Ministerien und Parlamentsparteien laufen und werden darüber berichten.



Der WHO-Pandemievertrag und die IHR-Änderungen

1. HEADLINES

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelt derzeit zwei internationale Rechtsinstrumente, die ihre Befugnisse bei der Bewältigung von Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, einschließlich Pandemien, erheblich erweitern sollen:

(1) Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften von 2005 (die IHR-Änderungen); und

(2) ein Pandemievertrag, von der WHO als „ÇA+“ bezeichnet (der Vertrag).

Der derzeitige Entwurf der IHR-Änderungen sieht erhebliche neue supranationale Befugnisse vor, die in gesundheitlichen Notfällen ausschließlich von der WHO ausgeübt werden sollen, und erweitert die Umstände, unter denen diese Befugnisse ausgelöst werden könnten, und zieht sie zeitlich vor.

Der Vertragsentwurf zielt darauf ab, die Bürokratie, die Finanzierung und die Verwaltung zu unterstützen, die zur Untermauerung der erweiterten IHR erforderlich wären, und ist daher überwiegend (wenn auch nicht ausschließlich) praktischer Natur.

Die IHR-Änderungen würden, wenn sie angenommen werden, die Beziehungen zwischen den nationalen Regierungen und der WHO grundlegend verändern und einen supranationalen Top-Down-Ansatz für die öffentliche Gesundheit – insbesondere in Bezug auf gesundheitliche Notfälle von internationalem Belang – einschließlich der Pandemievorsorge- und -bekämpfungspolitik im internationalen Recht

verankern. Er würde die WHO an die Spitze dieses Ansatzes stellen und einer nicht gewählten und demokratisch nicht rechenschaftspflichtigen Organisation weitreichende Befugnisse auf nationaler und internationaler Ebene geben, um die Angelegenheiten ihrer Mitgliedstaaten zu kontrollieren, zu lenken und sich in sie einzumischen und die Grundrechte der einzelnen Bürger außer Kraft zu setzen.

Während die WHO bisher nur befugt war, Empfehlungen auszusprechen, würde sie durch die vorgeschlagenen Aktualisierungen ermächtigt, rechtsverbindliche Anweisungen zu erteilen, die auf der Ebene einzelner Staaten, Regionen oder weltweit wirksam sind, z. B. um:

- finanzielle Beiträge zur Finanzierung von Pandemiebekämpfungsmaßnahmen anzuordnen
- die Herausgabe von geistigem Eigentum und Technologien zu verlangen
- die Herstellung und den internationalen Austausch von Impfstoffen und anderen Gesundheitsprodukten und Produkte, die „die Lebensqualität verbessern“ können, anzuordnen
- die nationalen Sicherheitsgenehmigungsverfahren für Impfstoffe, Gentherapien, medizinische Geräte und Diagnostika außer Kraft zu setzen
- von den Bürgern verlangen, ihren Gesundheitszustand offenzulegen
- Bürger zwangsweise unter Quarantäne zu stellen oder an der Reise zu hindern
- Bürger medizinisch zu untersuchen, zu injizieren oder anderweitig medizinisch zu behandeln

Diese Vorschläge werden, wenn sie angenommen werden, auch den Überwachungsmechanismus der WHO für die öffentliche Gesundheit erheblich ausweiten, mit einem globalen Personalbestand, dessen weitere Beschäftigung von der (tatsächlichen oder vermeintlichen) Notwendigkeit abhängt, mehr besorgniserregende Viren und Varianten zu identifizieren. Dieses globale Personal wird aus Steu-

ergeldern subventioniert, kann aber auch mit erheblichen Finanzmitteln von Privat- und Unternehmensinteressen rechnen, die von den geplanten impfstoffbasierten Reaktionen auf Ausbrüche von Infektionskrankheiten profitieren werden.

Ziel der WHO ist es, sowohl den Vertragstext als auch die IHR-Änderungen auf der 77. Tagung der Weltgesundheitsversammlung (WHA) bereits im Mai 2023 zu beschliessen und bis Mai 2024 in Kraft treten zu lassen.

2. VERFAHREN UND ZEITPLAN

Beide Entwürfe durchlaufen derzeit ein Standardverfahren der WHO mit offenen und geschlossenen Ausschusssitzungen sowie internen und externen Überprüfungen, nachdem die interessierten Staaten Vorschläge eingereicht haben.

Die IHR sind ein bestehendes Rechtsinstrument, so dass die WHA, das Entscheidungsgremium der WHO, für die Verabschiedung dieser Änderungen nur eine einfache Mehrheit der Mitgliedstaaten benötigt. Alle derzeitigen Unterzeichner der IHR haben dann 10 Monate Zeit, um auszusteigen oder andernfalls die Änderungen zu akzeptieren.

Der Vertrag wird ein neues Rechtsabkommen sein. Da es sich um einen neuen Vertrag handelt, ist für seine Annahme durch die WHA eine Zweidrittelmehrheit der Mitgliedstaaten erforderlich. Jeder Staat muss dann seine eigenen nationalen Vertragsratifizierungsverfahren einhalten.

Wissenschaftler haben festgestellt, dass beide Prozesse übereilt zu sein scheinen und dass die Aushandlung eines neuen multilateralen Vertrags in weniger als drei Jahren höchst ungewöhnlich ist, ebenso wie die Tatsache, dass die Staaten nur vier

Monate Zeit hatten, um Änderungen an den IHR einzureichen.

Bislang hat sich die Öffentlichkeit weitgehend auf den Vertrag konzentriert. Obwohl die beiden sich ergänzenden Vorschläge zusammen bewertet werden müssen, sind es in vielerlei Hinsicht die IHR-Änderungen, die aus der Perspektive der nationalen Souveränität und der individuellen Menschenrechte die wichtigeren Vorschläge enthalten.

Um ihre Bedeutung zu verstehen, müssen diese beiden Dokumente im Kontext einer sich entwickelnden (und zunehmend privatisierten) Finanzierungsstruktur für die WHO bewertet werden, die sich nach Ansicht von WHO-Insidern auf das Ethos und den selbst empfundenen Zweck dieser Organisation auswirkt. Von großer Bedeutung ist auch die Kommerzialisierung des öffentlichen Gesundheitswesens, insbesondere im Bereich der Pandemievorsorge, wo Beamte des öffentlichen Gesundheitswesens schnell einen guten Ruf und eine Karriere aufbauen können und wo viele der wichtigsten finanziellen Möglichkeiten für private Investoren liegen.

Fortsetzung siehe:

<https://tkp.at/2023/03/26/vor-uebertragung-unserer-staatlichen-souveraenitaet-an-die-who/>

Quelle:

tkp, Der Blog für Science & Politik

Citizen Go betreibt eine entspr. **Petition**, die man auf der Webseite des Blogs unterzeichnen kann.

Ein österreichischer Nationalratsabgeordneter berichtete kürzlich, daß eine der Änderungen der Gesundheitsvorschriften der WHO darin bestehen soll, daß der bestehende Passus über „die **uneingeschränkte Achtung der Würde des Menschen**“ **gestrichen** werden soll!

Wir empfehlen:

Im März hielt die Steirerin **Dietlind Ramminger** bei einem von uns organisierten Seminar in der „Kraftquelle“ in Böheimkirchen einen eindrucksvollen Vortrag. auf1.tv führte daraufhin ein Interview mit ihr, das Sie unter dem Titel „6-fach-Mama Ramminger: Wenn sie die Familie zerstören, halten wir erst recht zusammen!“ einsehen können, siehe: <https://auf1.tv/petzl-bricht-auf>

Ein weiterer Redner bei diesem Seminar war der deutsche Medizinerjournalist **Hans Tolzin**, Herausgeber von impfreport.de und Autor des Buches „Die Seuchen-Erfinder“, der zu einem besonders interessanten Thema sprach, nämlich „Widersprüche der Erregertheorie - ist die Infektionshypothese noch zeitgemäß?“ - siehe: <https://youtu.be/2UbfyKB7dQ> Dabei geht es um die Frage, ob Viren als Krankheitserreger überhaupt bewiesen sind.

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 33 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Vortrag mit Diskussion zum Thema

**VOLKSINITIATIVE zur „WAHRUNG
DER SCHWEIZERISCHEN NEUTRALITÄT“**

am **Samstag, 3. Juni**, um 15 Uhr

in **6065 THAUR** bei **Innsbruck**

im **Gasthof-Hotel „Purner“**, Dorfplatz 5

Es spricht:

Dr. René ROCA aus der Schweiz

Veranstalter: *Neutrales Freies Österreich NFÖ
in Zusammenarbeit mit Initiative Heimat & Umwelt IHU*

Moderatoren: *Dipl.Ing. Daniel Jenny, Inge Rauscher*

Eintritt: *freie Spende*

Die Schweizer Regierung („Bundesrat“) hat unverständlicherweise den **EU-Sanktionen** gegen Russland zugestimmt und damit die Neutralität ebenso gebrochen wie Österreich. Aber viele Bürger nehmen das nicht hin und starteten im November 2022 das Instrument der „Volksinitiative“ für die Rückgewinnung der Neutralität - siehe www.neutralitaet-ja.ch. Aufgrund des Systems der direkten Demokratie, das wir für Österreich auch schon lange wollen, wird mit dieser Volksinitiative eine **Volksabstimmung** herbeigeführt werden, deren Ausgang dann für die Regierung bindend ist. Im Text der Initiative befinden sich u.a. folgende Forderungen:

- Die Schweiz darf sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligen.
- Die Schweiz verzichtet auf nichtmilitärische Zwangsmassnahmen, sprich «Sanktionen», gegen kriegführende Staaten.

René ROCA ist promovierter Historiker und Gymnasiallehrer. Er gründete und leitet das Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch) und ist Mitglied des Komitees für die Neutralitäts-Initiative. Er schreibt dazu: „Die Schweizer Bevölkerung steht mit großer Mehrheit hinter der Neutralität, und das wird auch so bleiben, falls das Land eine offensive Neutralitätspolitik verfolgt. Sie muß wieder eine konsequente und unverdächtige Arbeit für den Weltfrieden aufbauen und proaktiv auf Länder, die sich in kriegsrische Konflikte verstricken, zugehen. Dabei geht es nicht um Gesinnungsneutralität, aber um den grundsätzlichen Verzicht auf Machtpolitik. Auf diese Weise kann die Schweiz ihre außenpolitische Unparteilichkeit wahren und die universelle Friedenspolitik am besten fördern.“

NFÖ / nfoe.at und **IHU / 1984.at** laden Sie ein, am 3. Juni nach Thaur zu kommen und diese einmalige Gelegenheit zu nutzen, viele interessante Details zum Friedensinstrument Neutralität zu erfahren.

Parlamentarische Bürgerinitiative
„Stoppt die EU-Sanktionen gegen Russland“:

Unterschriftenlisten
zum Herunterladen und Weiterverbreiten von **www.1984.at**

Siehe Presseaussendung **<https://rb.gy/cxpxbp>**

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, 33. Jahrgang, Folge 4, Mai 2023,

ZulassungsNr. "SP20Z042089S", Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien, Impressum: Medieninhaber/Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 0664/489 37 97 oder 0664/425 19 35, ihu@a1.net
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 03.05.2023, **Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW**